

Eitorf, den 17.05.2018

Amt 10 - Haupt- und Personalamt

Sachbearbeiter/-in: Manfred Derscheid

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

ANTRAG
- öffentlich -

Beratungsfolge

Personalausschuss
Rat der Gemeinde Eitorf

28.08.2018
17.09.2018

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Einrichtung einer festen Stelle für den Bereich Schulsozialarbeit

Beschlussvorschlag

Der Personalausschuss empfiehlt dem Rat der Gemeinde Eitorf: Die Einrichtung einer festen Stelle für den Bereich Schulsozialarbeit wird abgelehnt.

Begründung

Die Fraktion 90/Die Grünen beantragt eine feste Stelle für den Bereich Schulsozialarbeit, um den vielfältigen Koordinierungsaufgaben mit der Arge, den Schulen und dem zuständigen Jugendhilfeträger nach zu kommen und damit das beste Ergebnis für Eitorf zu erzielen.

Nach jetzigem Stand handelt es sich bei der Schulsozialarbeit um keine rein kommunale Aufgabe, das Land NRW gibt derzeit Zuschüsse von 60% zu den personellen Aufwendungen. Die Kommunalaufsicht ordnet die Schulsozialarbeit dem freiwilligen Aufgabenbereich der Kommune zu und fordert eine nachgewiesene Gegenfinanzierung der Aufwendungen für diesen Bereich. Die Deckung des verbleibenden 40% Anteils der Kommune erfolgt durch eine nachvollziehbare Erhöhung der Grundsteuer B.

Landesweit gehen die Kommunen –bis auf ganz wenige Ausnahmen- befristete Arbeitsverhältnisse ein für Aufgabenbereiche, für die sie nicht zuständig sind, solange die Landesförderungen fließen.

Die Einrichtung einer festen Stelle für die Koordinierung der Schulsozialarbeit verbietet sich aus verschiedenen Gründen, da

- keine Aufgabe der Kommune
- Finanzierung nicht sicher zustellen
- allenfalls nur befristete Beschäftigung möglich

In der Praxis sind die Aufgaben aus dem BuT (Bildung und Teilhabe, ursprünglicher Auftrag der Schulsozialarbeiter) stark rückläufig, die Anzahl der Schulsozialarbeiter/innen hat sich reduziert. In Nachbesetzung der Abteilungsleiterstelle 50.2 Schulen, Jugend, Kindergärten zum 01.08.2018 mit einer Fachkraft aus dem Erziehungsbereich können ggf. erforderliche Koordinierungsaufgaben abgedeckt werden. Bereits bisher werden die Anträge aus dem BuT-Aufgabenbereich verwaltungsintern bearbeitet.

Dem Antrag der Fraktion 90/Die Grünen sollte aus vorstehenden Gründen nicht gefolgt und eine ablehnende Empfehlung an den Rat der Gemeinde ergehen.